

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Legislatorschwerpunkte 2010–2014

Antrag:

Von den Legislatorschwerpunkten 2010–2014 des Stadtrates Winterthur wird Kenntnis genommen.

Weisung:

Der Stadtrat hat die Legislatorschwerpunkte 2010–2014 erarbeitet. Gemäss § 28 Absatz 1 Ziffer 8 der Gemeindeordnung unterbreitet er sie dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnisnahme.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Stadtpräsidenten übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder

Beilage:

- Broschüre "Legislatorschwerpunkte 2010-2014"



STADTRAT WINTERTHUR LEGISLATURSCHWERPUNKTE 2010 – 2014

August 2010

Bezugsquelle:

Stadtkanzlei, 8402 Winterthur, Telefon 052 267 51 23

stadtkanzlei@win.ch

www.stadt.winterthur.ch

Stadtrat Winterthur – Legislatorschwerpunkte

Programm für die Amtsperiode 2010–2014

Der am 7. März 2010 neu gewählte Stadtrat hat sich nach dem Amtsantritt vom 5. Mai 2010 in einem intensiven Prozess mit den Herausforderungen auseinandergesetzt, denen sich die Stadt Winterthur in der neuen Legislatur stellen muss. Behörden und Verwaltung erbringen für das Wohlergehen der Bevölkerung eine Vielzahl an Grunddienstleistungen. Darüber hinaus will der Stadtrat durch das Setzen von Schwerpunkten dafür sorgen, dass sich Winterthur weiter positiv entwickelt. Der Stadtrat hat das vorliegende Programm am 20. August 2010 verabschiedet.

Inhalt	Ausgangslage	3
	Generelle Zielsetzung	6
	Schwerpunkte und Leitlinien	8
	Vorhaben von hoher Bedeutung	11



Der Stadtrat Winterthur beim Amtsantritt am 5. Mai 2010.
Von links nach rechts: Stefan Fritschi (FDP), Arthur Frauenfelder (Stadtschreiber), Verena Gick (FDP), Michael Künzle (CVP), Ernst Wohlwend (Stadtpräsident, SP), Matthias Gfeller (Grüne), Nicolas Galladé (SP), Pearl Pedernana (SP).

Ausgangslage

Die Stadt Winterthur hat sich im neuen Jahrhundert insgesamt positiv entwickelt. Es ist gelungen, die Industriekrise der 1990er-Jahre zu überwinden und sich als attraktives und dynamisches Zentrum zu etablieren.

Winterthur hat auf seine Stärken gesetzt. Dazu gehören die ausgezeichnete Lage im Metropolitanraum Zürich sowie das eigenständige Profil. Die Kraft zur Erneuerung und der Wille zur Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure bildeten die Grundlage für die positive Entwicklung. Die noch stärkere Profilierung als Kultur- und Bildungsstadt hat den Charakter der Stadt, das Lebensgefühl und die Aussenwahrnehmung besonders positiv beeinflusst.

Die Attraktivität der Stadt lässt sich unter anderem am Bevölkerungswachstum feststellen. Im Sommer 2008 überschritt die Bevölkerungszahl mit 100 000 die Schwelle zur Grossstadt. Sie hatte sich bereits einmal auf dem Weg zu dieser Marke befunden, bevor in den 1970er-Jahren ein starker Rückgang und in den 1980er-Jahren eine Stagnation eintraten. Für die Bereitstellung des nachgefragten Wohnraums sind in den Jahren 2003 bis 2009 rund 4600 neue Wohnungen entstanden. Trotzdem herrscht nach wie vor in allen Segmenten Wohnungsknappheit.

Stark angestiegen ist von 2005 bis 2008 auch die Anzahl Arbeitsplätze. Gemäss Betriebszählung des Bundes nahm sie um 8,7 Prozent auf 56 357 zu. Diese Zunahme ist höher als im schweizerischen Durchschnitt. Winterthur hat 2008 somit wieder in etwa gleich viele Arbeitsplätze angeboten wie vor der Industriekrise in den 1990er-Jahren. Die folgende Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich dann auch in Winterthur bemerkbar gemacht. Nach drei relativ stabilen Jahren stiegen die Aufwendungen der Stadt für die soziale Sicherung 2009 deutlich an. Der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt wurde für viele deutlich schwieriger. Die soziale Sicherheit in Winterthur ist aber nach wie vor hoch.

Die Lebensqualität in Winterthur wird als sehr hoch beurteilt. Die Bevölkerungsbefragungen von 2007 und 2009 haben gezeigt, dass die Winterthurerinnen und Winterthurer sehr gerne in ihrer Stadt leben und die gebotene Lebensqualität schätzen. Sehr erfreulich ist, dass auch die junge Bevölkerung die Lebensqualität 2009 noch höher einschätzt als 2007. Als grösste Problemfelder angegeben wurden 2009 der Privatverkehr, die Sauberkeit, die Kriminalität und die Wohnungssituation.

Das Wachstum und der Wandel der Stadt haben in der Bevölkerung auch Besorgnis und Ängste hervorgerufen. Dabei geht es vor allem um

die städtebauliche Verdichtung, die Verkehrsbelastung, die steigende Bevölkerungszahl, die Verfügbarkeit von günstigem Wohnraum und die Identität Winterthurs. In verschiedenen öffentlichen Forumsveranstaltungen sind Themen um die Entwicklung der wachsenden Stadt aufgenommen und vertieft worden.

In der Verkehrspolitik ist es dem Stadtrat nicht gelungen, auf übergeordneten Ebenen Unterstützung für eine das Zentrum entlastende Umfahrung und für neue Erschliessungsstrassen zu erhalten. Im innerstädtischen öffentlichen Verkehr sowie beim Langsamverkehr konnten Verbesserungen erreicht werden.

Mit der Deindustrialisierung und dem Wachstum einher ging die neue, gemischte Nutzung ehemaliger Industrieareale. Im Stadtzentrum und in Neuhegi haben erfreuliche Entwicklungen eingesetzt, an beiden Orten mit attraktiven neuen Wohnangeboten. Auf dem Sulzerareal Stadtmitte sind in verschiedenen Segmenten neue, zukunftsweisende Arbeitsplätze entstanden, und das Areal hat sich zu einem neuen Quartier mit eigenem Charakter entwickelt. In Neuhegi fehlt es noch an verbindlich festgesetzten Planungsrichtlinien, die eine Entwicklung sicherstellen, welche die öffentlichen Interessen berücksichtigt. Die kantonale Baudirektion hat deshalb auf Antrag des Stadtrates über das Gebiet Neuhegi-Grüze eine Planungszone festgesetzt. In den nächsten drei Jahren wird ein verbindliches Regelwerk zu schaffen sein, damit in diesem Gebiet die notwendige Planungssicherheit für eine nachhaltige Stadtentwicklung garantiert werden kann.

Die Stadt Winterthur hat sich im Umwelt- und Energiebereich zunehmend an der Spitze positioniert. Die Stadt nimmt eine aktive Rolle in der Energie- und Klimapolitik ein. Bei der Rezertifizierung als Energiestadt erhielt Winterthur 2007 den European Energy Award Gold. Im November 2009 wurde der Verein «Energie bewegt Winterthur» gegründet.

Ebenso nimmt die Stadt einen Spitzenplatz bezüglich Sicherheit ein. Im Jahr 2009 wurde Winterthur als die nach objektiven Daten sicherste Grossstadt beschrieben.

Die Finanzlage der Stadt war in den letzten beiden Jahren angespannt. Im heute noch geltenden System des Zürcher Finanzausgleichs war es der Stadt nicht möglich, eine eigenständige Finanzpolitik zu betreiben. Ab 2012 soll das neue System greifen, welches Winterthur mehr Eigenständigkeit gibt. Der Stadt ist es dank intensiver Überzeugungsarbeit

gelingen, bei der Reform des Finanzausgleichs im Juni 2010 im Kantonsrat eine finanziell zwar knappe, aber tragfähige Lösung zu erreichen. Für eine nachhaltige Finanzpolitik und eine sichere Zukunft ist es notwendig, in den nächsten Jahren Eigenkapital zu äufnen, das geeignet ist, eine konjunkturelle Krise selbstständig zu bewältigen. Eine besondere Herausforderung liegt zudem beim nach wie vor hohen Investitionsbedarf in die bestehende und zu entwickelnde Infrastruktur der Stadt.

Generelle Zielsetzung

Nachhaltige Entwicklung in allen Dimensionen

Alle Menschen, die in Winterthur leben, sollen ihr Leben nach ihren Bedürfnissen gestalten können. Ihr Handeln soll aber denjenigen Menschen, die in Zukunft in Winterthur leben werden, dieselbe Gestaltungsfreiheit ermöglichen. Die nachhaltige Entwicklung der Stadt Winterthur ist die generelle Zielsetzung des Stadtrates.

Der Stadtrat setzt sich in seinen Entscheidungen und Handlungen für alle drei von den Vereinten Nationen definierten Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung ein: die ökologische, die ökonomische und die soziale Nachhaltigkeit. Die ökologische Nachhaltigkeit will die Natur und Umwelt für die nachfolgenden Generationen erhalten. Die ökonomische Nachhaltigkeit strebt eine Wirtschaft an, die eine dauerhafte Grundlage für Erwerb und Wohlstand bietet. Die soziale Nachhaltigkeit hat eine Gesellschaft zum Ziel, die solidarisch und zukunftsfähig ist und an der alle Mitglieder teilhaben können.

Für Winterthur stehen ein sorgsamer Umgang mit Mobilität und Energie, eine nachhaltige Infrastruktur, eine prosperierende Wirtschaft und eine gesunde Finanzlage der Stadt sowie ein sicherer öffentlicher Raum, funktionierende soziale Strukturen und eine Kultur des Dialogs im Vordergrund.

Der Stadtrat verpflichtet sich, sein Handeln am Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt Winterthur auszurichten. Er hat dazu Grundsätze formuliert, die für ihn handlungsleitend sind.

Handlungsleitende Grundsätze

Der Stadtrat will seinen Teil der Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung wahrnehmen. Er tut dies mit der Steuerung der Stadtentwicklung, durch vorausschauende Planung und durch die Förderung von Kooperationen und Partizipation.

Innerhalb der Verwaltung wird die Vernetzung der Fachstellen und Organisationen, die sich mit einer nachhaltigen Entwicklung befassen, gepflegt und optimiert. Die Zusammenarbeit mit privaten oder staatlichen Akteurinnen und Akteuren in der Stadt und der Region wird initiiert, unterstützt und ausgebaut. Dies im Sinne von gemeinsamen Plattformen ebenso wie in der Umsetzung gemeinsamer Projekte.

Der Dialog mit der Bevölkerung über die Entwicklung von Winterthur hat für den Stadtrat hohe Priorität. Er macht von seinen Entscheiden betroffene Personen zu Beteiligten. Und er hat ein offenes Ohr für An-

liegen aus der Bevölkerung, nimmt sie auf und setzt sich, wenn möglich in Kooperation mit der Bevölkerung, für pragmatische Lösungen ein.

Stadtrat und Verwaltung verhalten sich in Fragen der Nachhaltigkeit vorbildlich. Das bezieht sich auf konkrete Massnahmen in allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit ebenso wie auf eine transparente und kundinnen- und kundenorientierte Verwaltung.

Für eine nachhaltige Entwicklung müssen alle ihren Anteil an Verantwortung übernehmen: Unternehmen, Interessengruppen, Organisationen, Parlament und Bevölkerung. Der Stadtrat setzt sich zum Ziel, zur allgemeinen Sensibilisierung in Nachhaltigkeitsfragen und zum Austausch zwischen den Interessengruppen beizutragen. Er wirkt auf eine Gesellschaft hin, die von Eigenverantwortung und Solidarität geprägt ist.

Schwerpunkte und Leitlinien

Hohe Lebensqualität für alle

Winterthur soll eine Stadt für alle sein: für junge und ältere, reiche und arme Menschen, Zugezogene und Alteingesessene, in neuen urbanen wie auch in gewachsenen Quartieren Wohnende, für Menschen, die im Zentrum und am Rande der Gesellschaft leben. Deshalb wird Integration in einem umfassenden Sinn gelebt und gefördert. Der Stadtrat setzt sich dafür ein, dass die Voraussetzungen gegeben sind, damit alle Mitglieder der Gesellschaft eine hohe Lebensqualität erreichen können.

Die Vielfalt der Lebensformen in der Stadt und eine gute Durchmischung werden gefördert. Es wird für alle Gesellschaftsschichten und Generationen eine angemessene Wohnqualität angestrebt. Die wachsende Stadt soll weiterhin Räume und Freiräume für organisierte oder individuelle Aktivitäten zur Verfügung stellen. Ein hochwertiges Angebot für die Freizeitgestaltung bildet die Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität und Standortattraktivität.

Für eine eigenständige Entwicklung der Stadt und eine hohe Lebensqualität der Bevölkerung braucht es tragfähige wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten. Winterthur soll gute Rahmenbedingungen für Unternehmungen und attraktive Arbeitsplätze ebenso anbieten wie ein breites Aus- und Weiterbildungsangebot.

Entscheidend ist sodann ein Umfeld, das Sicherheit bietet. Die Sicherheit in der Stadt soll durch ein Zusammenspiel verschiedenster Elemente gewährleistet werden. Dazu gehören eine wirkungsorientierte und bevölkerungsnaher Polizei, optimal zusammenarbeitende und funktionierende Notfallorganisationen, Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration sowie die Gewährleistung sozialer Sicherheit in Notsituationen. Der Prävention soll vermehrt Beachtung geschenkt werden. Gut durchmischte Quartiere dienen der sozialen Kontrolle. Stadtteile, die nur zu gewissen Zeiten belebt sind, sind zu vermeiden. Orts- und Quartiervereine fördern den sozialen Zusammenhalt und haben seismografische Funktion für die Früherkennung von gesellschaftlichen Veränderungen.

Die Mobilität ist ein Mittel der Lebensgestaltung. Sie soll so koordiniert und gesteuert werden, dass sie zur hohen Lebens-, Umwelt- und Arbeitsqualität in der Stadt beiträgt.

Damit der Stadtrat das Ziel einer hohen Lebensqualität für alle verfolgen kann, beschafft und erstellt er planerische und statistische Grundlagen, welche als Basis für die Steuerung der Stadtentwicklung dienen.

Auf Stärken bauen

Die Stadt Winterthur bietet gute Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität für alle. Der Stadtrat will auf die vorhandenen Stärken bauen.

Winterthur soll seine Identität behalten. Es soll weiterhin eine Stadt sein, in der man sich kennt, sich sicher fühlt und gerne zuhause ist. Der persönliche Charakter gehört ebenso zu den Stärken wie das hochwertige Kultur- und Freizeitangebot sowie die das Stadtbild prägenden Grünräume und die naturnahen Erholungsräume innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebietes.

Vorhandene Stärken sind die ausgeprägte Kooperations- und Erneuerungskraft. Die wirtschaftliche Entwicklung soll in den gewachsenen Bereichen weiter gestärkt werden. Die Cluster-Bildung in Bereichen wie Technologie/Erneuerbare Energien, Gesundheit und Versicherungen wird weiter vorangetrieben.

Zu den traditionellen Stärken sind im vergangenen Jahrzehnt neue hinzugekommen. So hat sich die Stadt zu einem Zentrum für praxisorientierte Ausbildung und angewandte Forschung entwickelt. Die Bevölkerung konnte zudem ein neues Selbstbewusstsein entwickeln, in einem eigenständigen und attraktiven Zentrum im Metropolitanraum Zürich zu leben.

Aufbruch und Dynamik

Der Stadtrat will nicht nur die Stärken erhalten und bewahren. Winterthur soll auch die neuen Chancen nutzen, welche ihr die angebrochene Dynamik bietet.

Damit sich die innovative Kraft entwickeln kann, sollen engagierte Personen, Organisationen und Unternehmungen den notwendigen Freiraum finden. Der Stadtrat will dafür sorgen, dass Pionierleistungen in innovativen und wertschöpfungsintensiven Wirtschaftszweigen sowie im Umwelt- und Energiebereich möglich sind und zum Selbstbewusstsein der Bevölkerung und zur Ausstrahlungskraft der Stadt beitragen.

Die neuen Chancen sollen genutzt werden, aber nicht auf Kosten der bestehenden Stärken. Für den Stadtrat steht nicht die quantitative, sondern die qualitative Entwicklung im Vordergrund.

Kooperationen und Netzwerke

Eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Winterthur ist das Pflegen von Kooperationen und Netzwerken auf allen Ebenen.

Die gute Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Institutionen auf dem Platz Winterthur gehört zu den charakteristischen Merkmalen der Stadt. Diese Qualität gilt es weiter auszubauen. Sie ist die Grundlage für breit abgestützte Prozesse sowie für die Umsetzung gemeinsamer Projekte.

In den Aussenbeziehungen nimmt die Stadt aktiv teil in Netzwerken, insbesondere im Metropolitanraum Zürich. Netzwerke sind wichtig, um sich gemeinsam mit anderen für Vorhaben einzusetzen, welche für die Entwicklung von Winterthur von Bedeutung sind.

Vorhaben von hoher Bedeutung

Wohnraum für alle Bedürfnisse

2005 hat der Stadtrat seine Wohnungspolitik neu formuliert. Sie umfasst Strategien in den Bereichen Neubau, Erneuerung und Angebote für Menschen in besonderen Lebenssituationen (Studierende, ältere Menschen, junge Familien, Menschen in Notlagen). Noch 2010 wird der Stadtrat eine Auswertung der Wohnungspolitik vornehmen und aufgrund dieser Auswertung und unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung die Wohnungspolitik überarbeiten.

Das Ziel der Wohnungspolitik ist, dass alle Einwohnenden einen Wohnraum nach ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten finden. Neben dem Neuwohnungsbau nimmt die Erneuerung des Bestandes einen hohen Stellenwert ein. Wohngebäude, die sich im Eigentum der Stadt befinden, sollen primär dann saniert werden, wenn die Nachhaltigkeit dafür spricht. Das heisst, wenn eine Erneuerung aus energetischen Gründen, für den Werterhalt und die langfristige Wohnqualität oder für die Ertragssicherung angezeigt ist. Bei Erneuerungen wird auf die Sozialverträglichkeit geachtet.

Ein besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, dass der in Winterthur gerade in den charakteristischen Wohnsiedlungen in den Quartieren vorhandene günstige Wohnraum nicht zu stark unter Druck gerät. Dabei kommt den Wohnbaugenossenschaften eine wichtige Rolle zu. Bedarfsgerechte Angebote für besondere Lebenssituationen sind nach wie vor sehr wichtig. Mit speziellen Wohnangeboten wird eine Bevölkerungsstruktur angestrebt, die dem kantonalen Durchschnitt entspricht.

Soziale und berufliche Integration

Die Integration aller Bewohnerinnen und Bewohner in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben ist eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung.

Die Stadt fördert Integrationsprojekte in den Quartieren. Die vorhandenen Strukturen und die Freiwilligenarbeit werden gestärkt. Dazu sollen wie in Töss bis 2015 auch in allen anderen Stadtkreisen vor Ort Anlaufstellen der städtischen Quartierentwicklung aufgebaut und damit die Basis für sozialraumorientierte Gemeinschaftsstrukturen geschaffen werden. Die Vernetzung auf Quartierebene wird gezielt ausgebaut.

Mit präventiven und integrativen Angeboten wird der sozialen Ausgrenzung vorgebeugt. Zu diesem Zweck wird das Integrationsleitbild überarbeitet. Die Jugendarbeit wird gemeinsam mit den Trägern der

offenen Jugendarbeit weiterentwickelt und wo nötig in den Quartieren verstärkt. Im Laufe der Legislatur wird die neue Anlaufstelle für Randständige ihren Betrieb aufnehmen.

Alle Kinder und Jugendlichen sollen eine Perspektive für ihre Lebensgestaltung entwickeln können. Dazu braucht es integrativ ausgerichtete Schulen und Entfaltungsmöglichkeiten in der Freizeitgestaltung. Es sollen möglichst viele Freiräume und Räume für individuelle und organisierte Aktivitäten zur Verfügung stehen. Ebenfalls gefördert werden Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in der Gestaltung ihres Lebensraums.

Um Kindern aus benachteiligten Familien bessere Startchancen zu geben, wird die Umsetzung des Konzepts «Frühförderung in Winterthur» vorangetrieben.

Die Berufsvorbereitung in den Schulen wird gestärkt. Ausserdem sollen in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft ein bedarfsgerechtes Angebot an Lehrstellen und Attestausbildungsplätzen bereitgestellt und noch vermehrt niederschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, zum Beispiel im Naturschutz und in der Grünraumpflege.

In der beruflichen Integration wird dem Prinzip Leistung und Gegenleistung noch vermehrt Nachachtung verschafft. Angebote zur beruflichen Integration von Jugendlichen oder zur Arbeitsintegration von erwerbslosen Personen werden weiterentwickelt und flexibel den jeweiligen Bedürfnissen angepasst. Die Klärung der rechtlichen Grundlage soll die Zuständigkeiten für Durchführung und Finanzierung von Programmen zur Arbeitsintegration regeln und den sich wandelnden Bedürfnissen in diesem Bereich Rechnung tragen.

Bedarfsgerechte Angebote im Alter

Der Bedarf an Pflege und Betreuung wird weiter zunehmen. Gründe liegen in der steigenden Bevölkerungszahl und einem höheren Anteil betagter Personen durch die demografische Entwicklung. Ein bedarfsgerechtes stationäres und vor allem ambulantes Angebot soll eine gute Versorgung weiterhin gewährleisten. Als Grundlage dafür dient die bestehende Altersplanung, die aufgrund der neuesten Erkenntnisse überarbeitet und damit auf einen aktuellen Stand gebracht wird. Mit den daraus abzuleitenden Massnahmen soll ein selbst bestimmtes und würdevolles Leben im Alter auch in Zukunft sichergestellt sein.

Für die stationäre Langzeitpflege braucht es die geeignete räumliche Infrastruktur. Im Zentrum der nächsten Legislatur steht die Gesamt-erneuerung des Alterszentrums Adlergarten.

Wichtig ist auch, dass genügend und richtig ausgebildetes Personal zur Verfügung steht. Die Stadt nimmt hier ihre Verantwortung wahr, indem eine hohe Zahl an geeigneten Ausbildungsplätzen in Gesundheits- und Sozialberufen angeboten wird und Weiterbildungsmöglichkeiten aktiv unterstützt werden.

Der Grundsatz «ambulant vor stationär» soll noch vermehrt umgesetzt werden. Gemeinsam mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften wird das Projekt «Spitex plus» durchgeführt, welches Folgerungen für das künftige Angebot für betagte Menschen in Winterthur ermöglichen wird. Die Resultate werden 2011 vorliegen. Weiter bearbeitet wird auch das Projekt «Zukunft Quartier – Lebensraum für alte Menschen», das unter anderem die Nachbarschaftshilfe in den Stadtkreisen fördern soll. Mit der Umsetzung soll ab 2011 schrittweise begonnen werden.

Stärkung der Gesundheitskompetenz

Der Gesundheitsbereich ist für die Wirtschaft und die Ausstrahlungskraft der Stadt Winterthur von hoher Bedeutung. Die Stadt übernimmt eine aktive Rolle zur Stärkung der vielfältigen Gesundheitskompetenz. Zentral ist die Vernetzung zwischen allen Akteurinnen und Akteuren, d.h. privaten Anbieterinnen und Anbietern, der Fachhochschule für Angewandte Wissenschaften, den Kliniken und der öffentlichen Hand. Vernetzung, Forschung und Public Private Partnership im Gesundheitsbereich werden angeregt und unterstützt.

Die Stadt leistet einen Beitrag zur Förderung der Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung. Diese soll befähigt werden, Entscheidungen zu treffen, die sich positiv auf die Gesundheit auswirken. Die Stadt unterstützt in diesem Sinne Präventions- und Gesundheitsförderungsmassnahmen und bietet Voraussetzungen, die einen gesunden Lebensstil ermöglichen.

Das Projekt GeWint, die integrierte Gesundheitsregion Winterthur, wird unter Federführung des Instituts für Gesundheitsökonomie weiter vorangetrieben. Die Stadt Winterthur übernimmt in diesem Netzwerk eine starke Position. Erste Teilprojekte auf dem Weg zu einer integrierten Gesundheitsversorgung werden in dieser Legislatur umgesetzt.

Eine besondere Chance bietet das geplante Internationale Zentrum für Leistungs- und Breitensport, welches neue Angebote im Gesundheitsbereich ermöglichen wird.

Zu einer integrierten Gesundheitsversorgung gehört auch eine umfassende Suchtpolitik. Auf der Basis der weiterhin gültigen Vier-Säulen-Politik werden in dieser Legislatur die Grundlagen aufgearbeitet und in einer neuen Suchtpolitik 2012–2016 formuliert. Ein besonderes Augenmerk wird auf den Schutz der Kinder und Jugendlichen gelegt. Dazu gehört beispielsweise Suchtprävention im Sinne des Konzepts «Jugendschutz Alkohol».

Sport und Bewegung

Bewegung trägt zur Lebensqualität und Gesundheit bei. Sport und Bewegung sollen grundsätzlich gefördert werden.

Von grosser Bedeutung ist es, die notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Soweit es sich die öffentliche Hand leisten kann, sollen bestehende Lücken in der Sportinfrastruktur geschlossen und bestehende Einrichtungen modernisiert werden. Im Vordergrund stehen die Sanierungen des Schwimmbades Oberwinterthur und des Hallenbades Geiselweid sowie die Sanierung und Erweiterung des Fussballstadions Schützenwiese. Zur Deckung der Nachfrage nach Dreifachturnhallen würde das Internationale Zentrum für Breiten- und Leistungssport im Deutweg wesentlich beitragen. Das Projekt soll gemeinsam mit privaten Planerinnen und Planern sowie Investorinnen und Investoren im Laufe der Legislatur realisiert werden.

Neben dem organisierten Sport kommt dem individuellen Breitensport eine zunehmende Bedeutung zu. Das Konzept «Raum für Bewegung und Sport» hat zum Ziel, bedarfsorientiert gut erreichbare und vernetzte Bewegungsräume für alle Generationen bereitzustellen und so Winterthur als sport- und bewegungsfreundliche Stadt zu positionieren.

Die Vereine leisten einen ausserordentlichen und unverzichtbaren Beitrag an die Möglichkeiten der Bevölkerung, sich sportlich zu betätigen. Die Zusammenarbeit mit den Vereinen soll weiter verstärkt werden.

Nachhaltige Mobilität gewährleisten

Die zunehmenden Mobilitätsbedürfnisse in und um die Stadt Winterthur müssen in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Der Zuwachs soll im Wesentlichen durch den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr bewältigt werden.

Gemeinsam mit dem Kanton Zürich wird an einem städtischen Gesamtverkehrskonzept gearbeitet. Projekte daraus werden Teil des neuen Agglomerationsprogramms des Kantons Zürich sein, das 2012 dem Bund eingereicht wird.

Das Gesamtverkehrskonzept legt die Grundlagen fest für die mittel- bis langfristige Mobilitätsentwicklung. Im Laufe der Planungen wird der Untersuchungsraum um die Gemeinden der Agglomeration erweitert und das bestehende regionale Gesamtverkehrskonzept entsprechend überarbeitet. In einem Begleitgremium sind auch Fachverbände und Interessengruppen in den Prozess miteinbezogen. Die Umsteigebeziehungen zwischen Bahn und Bus sollen verkürzt und zeitlich verbessert werden. Das Gesamtverkehrskonzept wird gesonderte Teilbereiche zum Fussgänger- und Veloverkehr, zum öffentlichen Verkehr und zum ruhenden und rollenden motorisierten Individualverkehr enthalten.

Auf den Hauptverkehrsachsen sollen die Leistungsfähigkeit des Gesamtverkehrs gesichert und die Wohnverträglichkeit erhöht werden, und die Quartiere sollen vom Durchgangsverkehr geschützt werden. Der öffentliche Verkehr muss regional koordiniert werden, und Stadtbus Winterthur soll innerhalb des Zürcher Verkehrsverbundes an Konkurrenzfähigkeit gewinnen. Im Verlaufe der Legislatur müssen weitere Busspuren geschaffen werden, und die heutige Lichtsignalsteuerung muss grundlegend überprüft werden. Das Parkierungsangebot im Stadtzentrum muss verbindlich geregelt werden, und es braucht weitere Angebote für Velopendlerinnen und Velopendler im Raum Hauptbahnhof.

In der überregionalen Verkehrsanbindung setzt sich der Stadtrat für eine bessere Erschliessung mit der Bahn durch die Realisierung des Brüttener Tunnels und für eine Abwicklung des Flugverkehrs um den Flughafen Zürich-Kloten ein, die in Winterthur nicht zu einer Mehrbelastung mit Fluglärm führt.

Klimaschutz und Energie

Der Stadtrat strebt für den Klimaschutz und eine nachhaltige zukünftige Energieversorgung die 2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft an. Er tut dies im Wissen, dass es ein ambitioniertes und langfristiges Ziel ist. Der technologische Fortschritt wird einen Teil zur Erreichung des Ziels beitragen. Zusätzlich werden auch die Planung und die Umsetzung von griffigen Massnahmen notwendig sein, welche von der Bevölkerung mitgetragen werden müssen.

In dieser Legislatur werden mit dem Energiekonzept 2050 und einem aktualisierten Energieplan die Grundlagen für die Umsetzung erarbeitet. Sie werden aufzeigen, mit welchen Massnahmen, in welchen Schritten und in welchem Zeitraum die Ziele erreicht werden können.

Bis 2014 werden erste Massnahmenpakete umgesetzt, wobei ein Schwerpunkt im Gebäudebereich liegt. Hier gilt es, zur Werterhaltung und -steigerung des bestehenden Gebäudebestandes in Winterthur die nötigen Sanierungen und bei Neubauten energieeffiziente, ökologisch vorbildliche Bauten zu unterstützen. Aufgrund der angespannten Finanzlage stehen vor allem die Information und die Sensibilisierung der Eigentümerinnen und Eigentümer und Baufachleute für das nachhaltige Bauen, zum Beispiel im Rahmen von Abklärungen und Bewilligungsverfahren, im Vordergrund. Für die öffentlichen Gebäude und Anlagen wird der beschlossene «Gebäudestandard 2010 für nachhaltiges Bauen» umgesetzt.

Das Mobilitätsmanagement der Stadtverwaltung soll verbessert werden und als Vorbild für die Privatwirtschaft wirken. Die Kriterien für die erneute Auszeichnung als «Gold-Energiestadt» sollen bei der Zertifizierung 2011 deutlich erfüllt werden.

Sichere öffentliche Räume für verschiedene Nutzerinnen und Nutzer

An die öffentlichen Räume werden unterschiedliche und sich teilweise widersprechende Nutzungsansprüche gestellt, die immer grösser werden. Der Stadtrat wird seine Anstrengungen fortsetzen, für eine Steuerung und einen Ausgleich der Nutzungen zu sorgen. Verhaltens- und Nutzungsregeln müssen der Bevölkerung nähergebracht werden, um das Verständnis für das Nebeneinander und Miteinander im öffentlichen Raum zu fördern.

Die Sicherheit wie auch die ausgewogene Nutzung öffentlicher Räume müssen gewährleistet bleiben. Dies soll sowohl mit personellen Ressourcen als auch mit technischen Mitteln erfolgen. Dem interdisziplinären Zusammenspiel der polizeilichen und sozialräumlichen Arbeit kommt eine hohe Bedeutung zu. Wichtig ist sodann polizeiliche Präsenz und die Bekämpfung der niederschweligen Kriminalität. Die Stadtpolizei setzt dabei vor allem auf einen direkten Kontakt zur Bevölkerung mit den Methoden des Community Policing, auf eine verstärkte Prävention vor allem durch den Jugenddienst sowie auf die bewährte Zusammenarbeit mit der aufsuchenden, mobilen Jugendarbeit und der Strassensozialarbeit.

In den Stadtquartieren sollen Fragen der Nutzung öffentlicher Räume gemeinsam mit den Quartierbewohnerinnen und -bewohnern aktiv angegangen werden.

Aufwertung öffentlicher Räume

Die gestalterische Qualität von öffentlichen Räumen trägt entscheidend zur Lebensqualität und zum Sicherheitsgefühl bei. Der Stadtrat wird seine Anstrengungen fortsetzen, öffentliche Räume als Lebensräume für die verschiedensten Ansprüche aufzuwerten.

Konkret vorangetrieben werden Projekte wie der Masterplan Stadtraum Bahnhof, die Aufwertung des Merkurplatzes und des Stadtgartens sowie die Neugestaltung des Teuchelweiherplatzes. Ein weiteres wichtiges Vorhaben ist die Aufwertung des Stadtraums Zürcherstrasse. Das behördenverbindliche Leitbild ist ein zentrales Ergebnis aus dem gemeinsam mit der Bevölkerung durchgeführten Projekt Töss. Die einzelnen Teilprojekte werden schrittweise umgesetzt. Das Projekt Töss hat Pilotcharakter für die Entwicklung von grösseren Stadtgebieten in Winterthur.

Das Konzept «Raum für Bewegung und Sport» zielt auf eine bewegungsfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raums ab. Es wird weiterverfolgt und soll in einem langjährigen Prozess umgesetzt werden.

Stadtteilentwicklung

Auf verschiedenen Arealen sind neue Nutzungen entstanden oder absehbar. Der Stadtrat will sich in der Stadtteilentwicklung für attraktive Nutzungen und hohe gestalterische Qualitäten einsetzen.

Das Sulzerareal Stadtmitte hat sich erfreulich entwickelt und ist zu einem neuen urbanen Stadtquartier geworden. Für das Lagerplatzareal wird ein Gestaltungsplan erarbeitet, welcher die künftige Nutzung festlegt. Es soll weiterhin Nischen für kreative Kleinunternehmen und attraktive Kultur- und Freizeiteinrichtungen bieten. Im Bereich des Superblocks will der Stadtrat einen Teil der Verwaltungsstellen zusammenfassen. Für den neu zu nutzenden, «Werk1» genannten Bereich wird gemeinsam mit der Grundeigentümerin auf der Basis der Testplanung ein städtebauliches Leitbild erstellt und ein Gestaltungsplan erarbeitet.

Auf dem Areal Stadtmitte sollen mit dem Schutz ausgewählter Industriehallen geschichtliche Zeugen und der besondere Charakter des Gebiets erhalten bleiben. Zudem werden in Zusammenarbeit mit den

Grundeigentümerinnen zeitgemässe Mobilitätskonzepte mit dem Schwergewicht auf dem öffentlichen Verkehr und dem Langsamverkehr erarbeitet, um so das bauliche Wachstum weiterhin zu ermöglichen.

Auf dem nicht mehr für militärische Zwecke genutzten, zentral gelegenen Zeughausareal bestehen vielfältige Möglichkeiten zur Erweiterung der im Umfeld bereits vorhandenen Gebäude- und Freiraumnutzungen. Für den westlichen Teil wird ein Nutzungswettbewerb durchgeführt. Für den östlichen Teil soll eine Käuferschaft gefunden werden, die eine Wohnüberbauung mit attraktiver Umgebungsgestaltung realisiert.

Auch auf anderen Arealen, die neu genutzt werden können, wird die Entwicklung vorangetrieben. So etwa auf dem Reitweg- und dem Zeughausareal.

**Nachhaltige
Gebietsentwicklung
in Neuhegi**

Das Gebiet Neuhegi ist für die Stadt von entscheidender Bedeutung. Um eine nachhaltige und qualitativ hochwertige Entwicklung und die Berücksichtigung öffentlicher Interessen sicherzustellen, müssen die vorliegenden Planungen vertieft und rechtlich verbindlich gesichert werden. Um dies zu gewährleisten, hat die Baudirektion des Kantons Zürich auf Antrag des Stadtrates eine Planungszone für Neuhegi und Teile des benachbarten Gebiets Grüze festgesetzt. Bis 2013 will der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat eine überarbeitete Richt- und Nutzungsplanung vorlegen.

Zu den Planungszielen gehören die Sicherung von Flächen für Industrie- und Gewerbeland, die Klärung von Standorten für verkehrsentensive Nutzungen und von Wohnanteilen, die Vertiefung der Konzepte für Sicherheit, für Freiraum-, Nutzungs- und Überbauungslösungen sowie die Sicherung von Kapazitäten für die Verkehrsteilnehmenden mit dem Ziel, eine massvolle Zunahme des privaten Motorfahrzeugverkehrs entsprechend der Stadtentwicklung bewältigen zu können. Hohe Priorität hat zudem die Umfeldentwicklung der S-Bahn-Stationen Hegi und Grüze. Ihnen soll eine grosse Bedeutung als Eingangsportale in die Gebiete Neuhegi und Grüze sowie als Verknüpfungspunkte für die verschiedenen Verkehrsträger zukommen.

Für die nachhaltige Entwicklung zentral sind auch öffentliche Nutzungen in Neuhegi. Der Stadtrat legt dem Grossen Gemeinderat zuhanden der Volksabstimmung einen Antrag für den Bau eines neuen Schulhau-

ses vor. Und die Halle 710 soll ergänzend zum Eulachpark als Quartier-treffpunkt mit Gastrobetrieb bereitgestellt werden.

Umsetzung Masterplan Stadt- raum Bahnhof

Die Aufwertung des Stadtraums Bahnhof und die damit in erster Linie verbundenen Verbesserungen für den Langsamverkehr und den öffentlichen Verkehr schreitet voran. Die im Masterplan Bahnhof zusammengefassten öffentlichen und privaten Vorhaben werden etappenweise umgesetzt.

Die erste Etappe der Gleisquerung wurde 2010 abgeschlossen. Die Realisierung des Projekts Bahnhofplatz Süd soll im Sommer 2012 beginnen und rund ein Jahr dauern. Der Bahnhofplatz Süd wird während des Baus komplett gesperrt, was vorübergehend eine neue Linienführung für den Busverkehr notwendig macht.

Vor der Realisierung des Bahnhofplatzes Süd werden die Verkehrsknoten Neuwiesen-/Wülflingerstrasse und Neuwiesen-/Schützenstrasse umgebaut. Die zweite Etappe der Gleisquerung Stadtmitte, die Neugestaltung Rudolfstrasse und die Veloquerung Nord werden in der zweiten Legislaturhälfte in Angriff genommen.

Die privaten Vorhaben kommen ebenfalls voran. Die Eröffnung des umgebauten Kesselhauses ist für Herbst 2010, des Bürogebäudes Railcity für Frühjahr 2011 und der Archhöfe auf dem Archareal für 2013 geplant.

Gartenstadt profilieren

Mit dem Wachstum der Stadt verstärkt sich der Druck auf die Grün- und Freiräume. Damit die Gartenstadt erhalten bleibt, soll das Wachstum durch innere Verdichtung erfolgen.

Der Stadtrat wird in verschiedenen Bereichen eine Sicherung und Profilierung der Gartenstadt anstreben. So durch den Erhalt bestehender Grüngürtel, die Aufwertung von Erholungsräumen wie Parkanlagen, Fliessgewässer und Wälder sowie öffentliche Räume, durch die Schaffung neuer Grünanlagen (Fertigstellung Eulachpark und Neugestaltung Reitplatz) und die Bildung von Freiräumen bei Siedlungserneuerungen. Zur Gartenstadt beitragen wird auch die schrittweise Umsetzung des Projekts «Raum für Bewegung und Sport».

Zu einer vielfältigen Gartenstadt gehören auch die Vernetzung und die naturnahe Aufwertung von Naturschutzgebieten. Nachholbedarf be-

steht primär im Landwirtschaftsgebiet, tendenziell aber auch im Siedlungsgebiet. Die Vernetzungsprojekte im Landwirtschaftsgebiet sind deshalb grundlegend zu überarbeiten und nachhaltig zu etablieren. Mit der Umsetzung des Zukunftskonzeptes für die städtischen Landwirtschaftsbetriebe kann ein wichtiger Beitrag an den Landschafts- und Naturschutz geleistet werden. In den Naturräumen soll die Vielfalt an Wildtieren und Pflanzen überwacht und weiter gefördert werden.

Profilierung als Kulturstadt

Die Ausstrahlung von Winterthur als Kulturstadt wird weiter gestärkt. Dabei geht es darum, sowohl die Leuchttürme als auch die Vielfalt zu pflegen und bekannter zu machen. Der Zusammenarbeit der Kulturinstitutionen kommt eine grosse Bedeutung zu. Sie soll deshalb weiter gefördert werden.

Der Stadtrat hat zusammen mit den Kunstmuseen ein Konzept für die künftige Ausrichtung und Zusammenarbeit der Museen entwickelt. Als erster Schritt soll der organisatorische Zusammenschluss von Villa Flora und Kunstmuseum Winterthur erfolgen, um die Villa Flora als öffentliches Museum erhalten zu können. Die Villa Flora soll mit Unterstützung des Kantons umgebaut und auf den heutigen Wohntrakt erweitert werden. Die weiteren Elemente des Museenkonzeptes werden mittelfristig ebenfalls umgesetzt. Eine Aufwertung der Museenlandschaft erfolgt auch durch die Umsetzung des Lichtkonzepts entlang der Museumsmeile.

Dem Kulturgüterschutz wird vermehrt Beachtung geschenkt werden.

Die kulturelle Vielfalt in der Stadt Winterthur wird mittels Subventionsverträgen mit kulturellen Organisationen gefördert. Bis 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat eine Vorlage für die Erneuerung der befristeten Subventionsverträge. Die Kulturvermittlung wird weiter verstärkt, so wird ab 2010 auch für die Theaterpädagogik ein interaktives Programm für die Schulen angeboten.

Schule als Lebensraum

Das Wachstum der Stadt verlangt nach zusätzlichem Schulraum. In der Legislatur werden neue Schulhäuser in Wülflingen (Wyden) und Oberwinterthur (Zinzikon, Wallrüti und Neuhegi) gebaut oder geplant.

Die Schulen inklusive Kindergärten und Betreuung werden als Lebensräume positioniert. Ihre Gestaltung ist erlebnisorientiert und bewegungsfreundlich. Lehr- und Lernpersonen sollen sich sicher fühlen, es

soll ein offenes Klima herrschen, und in allen Schulen sollen Schüler- und Elternräte bestehen, um die Mitwirkung zu stärken. Das familienergänzende Angebot wird mit hoher Qualität und auf die Bedürfnisse der Kinder und Eltern ausgerichtet möglichst effizient erbracht.

Damit gegen Ende der Schulzeit die Chancen für einen Berufseinstieg erhöht werden können, soll die Berufsvorbereitung verstärkt werden.

Die Reorganisation der Schulbehörden wird umgesetzt, und die in einer zweiten Etappe ab 2014 vorgesehenen Änderungen (Reduktion Anzahl Schulkreise und nebenamtlicher Kreisschulpflegemitglieder) werden vorbereitet. Stadtrat und Zentralschulpflege pflegen einen offenen Dialog und unterstützen sich gegenseitig in der Erfüllung ihrer Aufgaben.

Stärkung der Bildungsstadt

Winterthur ist ein Zentrum für praxisorientierte Ausbildung und eine lebendige Studentinnen- und Studentenstadt. Der Stadtrat will diese Positionierung weiter stärken. Er sucht hierzu eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Bildungsinstitutionen.

Der Stadtrat nimmt die Bedürfnisse der Bildungsinstitutionen hinsichtlich ihrer räumlichen Entwicklung in seine Konzepte zur Stadtentwicklung auf. Insbesondere von der stark wachsenden ZHAW ist diesbezüglich Nachfrage zu erwarten, etwa auf dem Areal des ehemaligen Technikums. Die Stadt will in den Gremien des Kantons über die Entwicklung der kantonalen Institutionen in Winterthur mitentscheiden.

Für die Stärkung der Bildungsstadt wichtig ist im Weiteren die Verfügbarkeit von Wohnraum für Studentinnen und Studenten. Der Stadtrat setzt sich gemeinsam mit Privaten für einen Ausbau des Angebots ein.

Solide Finanzen

Gesunde Finanzen sind eine zentrale Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Zwei erfolgreiche Sanierungsprojekte (win.03 und HS07) haben den städtischen Finanzhaushalt ins Gleichgewicht gebracht. Trotzdem ist der finanzielle Spielraum sehr eng geblieben.

Der Haushalt der Stadt ist nach wie vor stark auf den kantonalen Finanzausgleich angewiesen. Winterthur leidet unter sehr hohen Zentrumslasten und gehört zu den finanziell meistbelasteten Städten der Schweiz. Die voraussichtlich ab 2012 wirksame Reform des Finanzaus-

gleichs wird dieses strukturelle Ungleichgewicht verringern und der Stadt ermöglichen, eine vom Kanton unabhängigere Finanzpolitik zu betreiben. Die vom Kantonsrat verabschiedete Höhe des Zentrumslastenausgleichs wird den Spielraum, aber nicht die insgesamt verfügbaren Mittel erhöhen. Ein umsichtiger Umgang mit den finanziellen Mitteln wird nach wie vor gefordert sein. Um schlechte Konjunkturzyklen zu bewältigen, ist in den kommenden Jahren ein angemessenes Eigenkapital zu äufnen.

Der Stadtrat wird sich in diesem Zusammenhang gegen die Tendenz zur Wehr setzen, Aufgaben von Kanton oder Bund übernehmen zu müssen, ohne gleichzeitig auch die finanziellen Mittel und Entscheidungskompetenzen in der Umsetzung zu erhalten.

Um die finanzielle Basis der Stadt zu verbessern, muss die heute unterdurchschnittliche Steuerkraft erhöht werden. Zu diesem Ziel tragen alle Aktivitäten für die Steigerung der Standortqualität bei.

Das Bevölkerungswachstum und die Veränderung bei der Alterszusammensetzung stellt die Stadt vor grosse Herausforderungen bezüglich der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur. Um alle Vorhaben finanzieren zu können, wird der Stadtrat die Investitionsplanung laufend überprüfen und die Vorhaben priorisieren.

Wirtschaft fördern

Für die Förderung der Wirtschaft sollen die bisherigen Anstrengungen fortgeführt werden. Oberstes Ziel ist der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowohl mit hoher Wertschöpfung als auch für weniger qualifizierte Arbeitskräfte. Die Zusammenarbeit mit der Standortförderung Region Winterthur hat einen hohen Stellenwert.

Von besonderer Bedeutung ist die Sicherstellung von Industrie- und Gewerbeland. Durch die Einsetzung einer Planungszone im Entwicklungsgebiet Neuhegi und die Überführung der bestehenden Planungen in verbindliches Recht bis 2013 kann hierzu ein entscheidender Beitrag geleistet werden. Gegen Ende Legislatur soll zudem eine Revision der Bau- und Zonenordnung gestartet werden.

Zu den guten Rahmenbedingungen gehören sodann moderate Tarife und Gebühren, effiziente und kundenorientierte Baubewilligungsverfahren, eine gute Verkehrserschliessung und -anbindung, die Vernetzung innerhalb der Wirtschaft und mit Aus- und Weiterbildungsanbietenden sowie eine hohe Lebensqualität in der Stadt.

Effiziente und kundenorientierte Verwaltung

Die Stadtverwaltung arbeitet sehr effizient und kundenorientiert. Das zeigen die Erkenntnisse aus dem Programm «Haushaltsanierung 2007» und die Resultate der Bevölkerungsumfrage 2009.

Einen Beitrag zur weiteren Steigerung von Effizienz und Kundenorientierung kann das Projekt Fokus leisten, die Konzentration eines Teils der Verwaltungsstellen im «Superblock» auf dem Sulzerareal. Das Vorhaben wird spätestens 2011 den Stimmberechtigten vorgelegt und danach, die Annahme vorausgesetzt, bis 2015 umgesetzt.

Mit demselben Ziel soll ein neues Polizeigebäude erstellt werden, welches die seit Jahren bestehenden Raum- und Standortprobleme löst. Bis Ende 2010 wird der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat einen Projektierungskredit beantragen. Das Ziel ist, dass bis spätestens Ende Legislatur die Stimmbevölkerung über einen Baukredit für einen Neubau abstimmen kann.

Auch die Konzentration von Stadtbus auf einen Standort im Grüzefeld und der Bau von zusätzlichen Depotstandplätzen sind notwendig, um die Effizienz im Betrieb steigern und die Wachstumsziele im öffentlichen Verkehr erreichen zu können.

Für eine dienstleistungsorientierte und effiziente Verwaltung braucht es professionelle und motivierte Mitarbeitende. Die Personalarbeit und deren Organisation sollen im Hinblick darauf überprüft und den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden. Im Weiteren wird das betriebliche Gesundheitsmanagement ausgebaut. In diesem Zusammenhang sollen zudem zur Optimierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Möglichkeiten zur Teilzeitanstellung, vermehrt auch für Männer, mit gezielten Massnahmen gefördert werden. 2011 wird zum zweiten Mal nach 2008 eine umfassende Personalbefragung durchgeführt.

Um die Verwaltungseffizienz weiter zu steigern, sollen die technischen Mittel weiter ausgebaut und die Departements- und Verwaltungsstrukturen gezielt überprüft werden.

Ausbau E-Government

Die modernen Kommunikationsmittel für den Dialog mit der Verwaltung werden zweckmässig eingesetzt und weiter ausgebaut, damit die Stadt ihre Dienstleistungen effizient und kundenfreundlich erbringen kann. Winterthur soll eine Pionierstadt im E-Government bleiben.

Die Bevölkerung und die Wirtschaft sollen die wichtigen Geschäfte mit den Behörden elektronisch abwickeln können. Die Stadt ihrerseits soll ihre Geschäftsprozesse modernisieren und intern elektronisch kommunizieren. Als Projekte sind der Ausbau des elektronischen Baubewilligungsverfahrens, das Lösen von Parkkarten, die Suche von Fundgegenständen sowie diverse Meldeverfahren in Bearbeitung. Zudem ist die Erneuerung des geografischen Informationssystems vorgesehen.

Im Weiteren soll auch der elektronische Verkehr der Stadtverwaltung mit Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden ausgebaut werden. Innerhalb der Stadtverwaltung wird die elektronische Unterstützung für die Geschäftsprozesse und die Archivierung der Dokumente optimiert.

Herausgeber
Stadtrat Winterthur
August 2010

Fotografie
Titelbild, Barbara Truninger
Stadtrat, Manuel Bauer

Gestaltung
Tim A. Landheer SGD

Druck
Mattenbach AG, Winterthur

